

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	93
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	27.10.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold, BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Dr. Görres (AfU)		
Protokollführung:	Herr Haupt / as		
Betreff:	Sachstandsbericht zur Umsetzung der Maßnahmen für Energiewende und Klimaschutz - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform beigelegt.

BM Pätzold betont, mit dem Beschluss zur Klimaneutralität und dem "Net Zero Stuttgart Abschlussbericht" habe die Aufgabe bestanden, entsprechende Maßnahmen zur Zielerreichung darzustellen. Ebenso bestehe die Fragestellung, wie der Klimaschutz und die Energiewende vorangebracht werden könnten. Herr Dr. Görres (Amt für Umweltschutz, AfU) werde in seinem folgenden Bericht vorstellen, welche Maßnahmen und Handlungsfelder definiert werden sollten.

Im Haushaltsplanentwurf seien zahlreiche finanziellen Mittel für den Klimaschutz enthalten. Allein in die Stadtwerke Stuttgart GmbH (SWS), die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft mbH (SWSG) und die Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) seien Gelder in Höhe von 850 Mio. EUR eingestellt worden. Der heutigen Presse sei zu entnehmen, dass die SSB bis 2027 emissionsfreie Busse in der Innenstadt verkehren lassen wolle. Zudem baue sie massiv ihr Angebot aus. Die SWSG treibe derzeit den Neubau und u. a. Sanierungen im Bestand voran, welches einen wichtigen Baustein im Rahmen des Klimaschutzes darstelle. Ebenso errichte die SWSG beispielhafte Neubauten und habe am gestrigen Tag den IWS ImmobilienAward 2023 für das Quartier am Prießnitzweg im Stadtbezirk Bad Cannstatt erhalten, da sie dort ein modulares

aufgenommen. Das Thema "PV-Anlagen auf Parkplätzen, auf Verkehrsflächen und an Fassaden" sei in der ursprünglichen Betrachtung nicht enthalten gewesen. Es bestünden enorme Potenziale beispielsweise an den großen Gebäudeflächen im Stuttgarter Hafen, wo Schwerpunktgebiete definiert werden könnten. In der Diskussion über die PV-Anlage auf dem Stadion habe Herr Rau (L/OB) in einer Sitzung des Verwaltungsausschusses (VA) vorgeschlagen, die PV-Anlage anstatt auf dem Stadion auf dem P1-Parkhaus zu installieren. Es sei verwunderlich, dass dieses Vorhaben nicht bereits angegangen sei, da es einfach sei, auf einem Parkhaus in der obersten Ebene eine PV-Anlage zu errichten. Er erwarte von der Stadt und ihren städtischen Unternehmen, alle Parkhäuser mit PV-Anlagen zu belegen, so StR Peterhoff. Ebenso solle eine neue PV-Anlage auf dem Parkhaus P7 und auf einer danebenliegenden Schotterfläche installiert werden. Weitere Flächen wie bei Fußballplätzen oder an Sporthallen stellten ein großes Potenzial dar und sollten ebenso für PV-Anlagen genutzt werden. Falls derartige Flächen miteinbezogen würden, steige der Anteil bei den erneuerbaren Energien und die Lücke auf dem Reduktionspfad verringere sich.

Herr Dr. Görres betont hierzu, beim Aspekt der Indikatoren im PV-Bereich würden diese aufgrund neuer Erkenntnisse oder Technologien entsprechend angepasst und die Potenziale nach oben erweitert. Allerdings wolle sich die Verwaltung an dieser Stelle nicht auf einen falschen Weg begeben, indem von zu optimistischen Potenzialen ausgegangen würde. Insgesamt werde sich der Prozess weiterentwickeln.

Bei dem Aspekt der Sanierung von Wohnungen sei dargestellt worden, es seien rund 30.000 Beratungsgespräche geführt worden, so StR Peterhoff. Angesichts des Ziels einer vierprozentigen Sanierungsquote stelle sich die Frage, wie dieses Ziel erreicht werden könne und ob die Anzahl der 30.000 Beratungsgespräche hierfür ausreiche. In den nächsten Jahren müssten aufgrund der sich ändernden Rahmenbedingungen wesentlich mehr Beratungen durchgeführt werden. In Bezug auf das Gesamtfazit müsse anhand der entsprechenden Indikatoren eine Steuerung der Maßnahmen stattfinden und hierbei ein jährlicher Abgleich der Kennzahlen durchgeführt werden. Zudem solle ein jährlicher Bericht erstellt werden, um eine regelmäßige Steuerung bis zum Zieljahr 2035 zu ermöglichen, was bislang noch nicht geschehen sei. Die Darstellung im Bericht über Balkendiagramme sei hierfür zu unscharf, da hieraus nicht die detaillierten Veränderungen ersichtlich seien. Herr Dr. Görres betont, er nehme als Auftrag mit, die Aspekte übersichtlich zusätzlich zu den Handlungsfeldern darzustellen.

An Herrn Körner gewandt betont StR Peterhoff, dieser habe in der heutigen Sitzung ausgesagt, rund die Hälfte der finanziellen Mittel (850 Mio. EUR) in der Grünen Liste sei für den Klimaschutz vorgesehen. In dieser Aussage sehe er die Antwort der Verwaltung auf die in den Haushaltsreden enthaltene Kritik einiger Fraktionen. Es sei ausdrücklich gelobt worden, dass hinsichtlich der städtischen Unternehmen die Beschlüsse des Gemeinderats wie die Bereitstellung der Gelder für die SWS, die SWSG oder die SSB im Haushaltsplan enthalten seien. Hierzu sage nun die Verwaltung aus, es seien beispielsweise für die nächsten 5 Jahre jeweils 100 Mio. EUR bei den SSB eingestellt worden. Ebenso werde dargestellt, bei der Addition aller finanziellen Mittel ergäben sich 800 Mio. EUR für den Klimaschutz. Diese Argumentation sei jedoch nicht angemessen, so StR Peterhoff. Vielmehr stelle sich die Frage, wofür die für die SSB eingestellten Mittel in Höhe von 100 Mio. EUR verwendet würden: Schließlich müsse die Infrastruktur der SSB saniert werden. Zudem verursache der Substanzerhalt bei den SSB erhebliche Kosten und sei nicht dem Klimaschutz zuzuordnen. Ein Teil der Gelder sei für den Angebotsausbau und ein anderer Teil für zusätzliche Angebote gesichert. Dieser Sachver-

halt betreffe ebenso die SWSG, bei der nicht lediglich die energetische Sanierung, sondern ebenso eine Wohnraumoffensive stattfinde. In Bezug zum Haushalt sei ausgesagt worden, rund 30 Mio. EUR sollten für den PV-Ausbau, Contracting sowie Förderprogramme verwendet werden. Allein 50 Mio. EUR seien das letzte Mal für die städtischen Liegenschaften eingestellt worden, um die Sanierungen abarbeiten zu können. Zweifelsohne bestünden zahlreiche Förderprogrammen in der LHS. Laut dem McKinsey-Gutachten müssten in der Stadt in den nächsten Jahren 11 Mrd. EUR investiert werden, was einer jährlichen Summe von 800 Mio. Euro entspreche. Diesen Betrag investiere die Stadt nicht selber, sondern schiebe hiermit die Maßnahmen im privaten Bereich an. Daher dürften Förderprogramm wie das Energiesparprogramm, das Heizungsprogramm, die PV-Offensive oder das Programm zur Förderung von Wärmepumpen im Haushalt nicht vergessen werden, was sonst einen enormen Fehler darstellen würde. Allein diese Förderprogramme besäßen ein Volumen von rund 60 Mio. EUR. Daher müsse in Bezug auf diesen Aspekt nachtariert werden. Herr Dr. Görres habe eine große Anzahl an Maßnahmen aufgezeigt, die nun auch finanziert werden müssten.

StR Kotz (CDU) betont, der Gesamtüberblick der Verwaltung habe die bestehenden Herausforderungen aufgezeigt. So seien die Energieflüsse zumindest für den Einzelnen extrem abstrakt. Die Summe der zahlreichen kleinen Einzelprojekte ergebe schlussendlich den erreichten Stand bei der Zielerreichung. Die Herausforderung bestehe einerseits in der Abstraktheit und andererseits in dem Eingriff in jeden Haushalt und jede Lebenssituation. Daher sei der von Herrn Dr. Görres dargestellte, sehr umfassende Gesamtbericht sehr passend und könne nicht lediglich in der heutigen Sitzung, sondern ebenso im Nachgang für Beratungen sehr gut verwendet werden. In der Realität gestalte sich ein Sachverhalt oftmals anders als in der Theorie: So habe sein Betrieb erst am gestrigen Tag bei einem Kunden die Gastherme ausgetauscht, da sowohl die Heizung als auch die Warmwasseraufbereitung einen Totalausfall zu verzeichnen gehabt hätten. In dem mehrgeschossigen Gebäude mit Eigentumswohnungen sei die rasche Installation einer anderen Heiztechnik nicht möglich gewesen. Aus diesem Beispiel werde folgendes klar: Falls in wenigen Jahren die Hausgemeinschaft ein Wärmenetz in Betracht ziehe, werde die Vermieterin der Wohnung aufgrund neuer möglicher Kosten nicht bereit sein, erneut in eine andere Technik zu investieren. Diese Problematik bestehe in der Praxis und ihm sei nicht bekannt, in welcher Form er eine andere Beratung anbieten solle, so der Stadtrat.

Auf die Frage von StR Kotz, wie sich der Mittelabfluss in Bezug auf das 50 Mio. EUR umfassende und in den letzten Doppelhaushaltsplanberatungen beschlossene Programm für städtische Gebäude und Liegenschaften darstelle, betont Herr Dr. Görres, in der betreffenden Struktur sei eine sehr gute Zuordnung gefunden worden. Die Mittel für das Jahr 2022 und 2023 sei bereits den Objekten und Projekten zugeordnet worden und teilweise auch abgeflossen. So habe beispielsweise das Klinikum in die LED-Ertüchtigung investiert und der Prozess sei sehr gut aufgesetzt. Die gelte für die Mittel in Höhe von 50 Mio. EUR, die in diesem Haushalt beinhaltet seien. Allerdings werde es de facto eine Veränderung geben, da mit der Stadtkämmerei vereinbart worden sei, dass von vornherein die Objekte nicht pauschal an einer beliebigen Stelle positioniert werden, sondern gleich der betreffenden Sanierungsmaßnahme zugeordnet werden sollten. Vor dem Hintergrund der Leistungsfähigkeit des Hochbauamtes sei ein Zeitstrahl für die betroffenen Objekte für die nächsten Jahre erstellt und die entsprechenden finanziellen Summen seien identifiziert worden. Angesichts der derzeit prognostizierten Summen werde sich das finanzielle Volumen vergrößern, wobei noch nicht alle Projekt angelaufen seien.

Beim Thema Geothermie habe es vor rund 15 Jahren eine große Euphorie gegeben und es habe eine große Nachfrage nach Bohrgeräten bestanden, so StR Kotz. Später sei dieser Boom jedoch wieder eingesackt. Da in Teilen Stuttgarts Geothermie durchaus möglich sei, stelle sich die Frage, wie die Verwaltung die zukünftige Situation einschätze. Schließlich sei Geothermie im Vergleich zu Luftwärmepumpen die bessere Variante - nicht zuletzt auch in Bezug auf den Stromverbrauch pro erzeugter KWh im Gebäude. Für den Bereich der Geothermie habe in der Vergangenheit ein Förderprogramm bestanden und es stelle sich die Frage nach der weiteren Entwicklung. Herr Dr. Görres betont hierzu, das Förderprogramm für den Bereich Geothermie sei gut angekommen. Er habe bei den Wärmepumpen nicht differenziert, welchen Anteil davon die Geothermie habe.

StR Kotz betont, bei den Freiflächen-PV am Flughafen handle es sich um sehr große ebene Flächen. Auf seine Frage, ob hierzu neue Erkenntnisse bestünden, erklärt Herr Dr. Görres, die Verwaltung prüfe derzeit diesen Aspekt.

Der Aspekt "Aufsuchende Beratung im Quartier u. a. mit Lastenfahrrädern" stelle ein zentrales Thema dar, so StR Kotz. Allerdings fehle der Punkt "One-Stop-Agency". Für geplante Maßnahmen an einer Immobilie seien bislang das Energieberatungszentrum (EBZ), die SWS, das Amt für Stadtplanung für die Zuschussbeantragung und möglicherweise das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) zuständig. Zudem müssten noch ein Handwerker und das Baurechtsamt aufgesucht werden. Insgesamt bestehe noch ein Förderdschungel und hinzu komme, dass derzeit auf Bundesebene die Förderprogramme neu sortiert würden. Es stelle sich die Frage, ob die SWS als zentrale Stelle zuständig sein könnten. Herr Dr. Görres erklärt hierzu, der betreffende Prozess müsse heruntergebrochen und die von StR Kotz aufgeführten Schritte müssten hierbei dargelegt werden. Nach Wahrnehmung von Herrn Dr. Görres gerate die Bürgerschaft beim Thema Beratung nicht in Vergessenheit. Den Mitarbeitern beim EBZ, in der Verwaltung sowie bei den SWS sei relativ bekannt, wie die einzelnen Ansätze der Bürgerinnen und Bürger mit den jeweiligen Förderprogrammen verlinkt werden könnten. Es sei einerlei, bei welcher Institution ein Bürgeranliegen aufschlage, da es stets an das EBZ weitergeleitet werde.

An BM Pätzold gewandt betont StR Kotz, die im Prießnitzweg errichteten Wohnkubenmodule seien positiv zu bewerten. Da diese in Polen hergestellt und nach Deutschland transportiert würden, wäre es besser zu begrüßen, wenn die Wertschöpfung in Deutschland verbleiben würde.

An dem Bericht der Verwaltung werde deutlich, dass an zahlreichen einzelnen Punkten gearbeitet werde, betont StR Dr. Jantzer (SPD). Dennoch seien die dargestellten Zahlen ungenügend und die Abweichung von 2 % vom Reduktionspfad sei extrem hoch. Ebenso sei ungünstig, dass lediglich die Zahlen für das Jahr 2022 vorlägen und die Werte für das Jahr 2022 noch nicht bekannt seien. Dieser "Zeitlag", erst eineinhalb Jahre später über die realen Zahlen zu diskutieren, sei nicht hilfreich, um operative Maßnahmen durchzuführen. Daher müssten die Zahlen unbedingt zeitnäher ermittelt werden. Bei der Debatte über Indikatoren müssten die wesentlichen Werte mindestens ein halbes Jahr nach dem jeweils vergangenen Jahr im Gremium vorgestellt werden, um eine entsprechende Steuerung vornehmen zu können. In der Diskussion über die schlechten Zahlen müsse u. a. die Verzögerung bei den PV-Anlagen erwähnt werden, für die niemand verantwortlich gemacht werden könne. Die dargestellte Sanierungsrate

von 1,5 % sei für ihn ernüchternd, da diese bereits im Jahr 2019 bestanden habe, so StR Dr. Jantzer. Somit sei innerhalb von vier Jahren die Sanierungsrate unverändert geblieben. Die Verwaltung habe nicht erklärt, warum dies der Fall sei und wie die Rate erhöht werden könne. In der jetzigen Präsentation sei ebenso nicht aufgeführt worden, welche Maßnahmen und Ressourcen nicht in den anstehenden Haushaltsplanberatungen enthalten seien. Der Stadtrat betont, die entsprechenden erforderlichen Mittel zur Weiterführung der Förderprogramm werde die Verwaltung auf mehrheitlichen Beschluss erhalten. Allerdings sei hier keine Weiterentwicklung zu verzeichnen und das Wärmepumpenzubauprogramm dümpel ebenfalls vor sich hin und es stelle sich die Frage, warum sich in diesem Bereich im nächsten Jahr eine Verbesserung zeigen sollte.

Herr Dr. Görres betont hierzu, es dürfe nicht vergessen werden, dass im Jahr 2021 Wartezeiten für Wärmepumpen oder PV-Anlagen von eineinhalb Jahren bestanden hätten. Durch den Ukraine-Konflikt seien zahlreiche Lieferstrukturen und -ketten zerstört worden, da viel Technik aus China importiert werde. Hinsichtlich der von StR Dr. Jantzer kritisierten geringen Sanierungsrate gibt Herr Dr. Görres zu bedenken, es hätten Phasen bestanden, in denen keine Handwerker hätten gefunden werden können.

StR Dr. Jantzer verweist auf die Expertin Frau Maike Schmidt vom externen Klimasachverständigenrat der Landesregierung, die ausgeführt habe, zu einem tatsächlichen Klimaschutz fehle eine dynamische Transformationskultur, das klare, unumstößliche Ja zum Klimaschutz, die Bereitschaft zur Veränderung und das Machen. Nach Ansicht des Stadtrats könne das Klimaschutzland mit der Klimaschutzstadt gleichgesetzt werden. So habe die Stadt noch nicht den Aspekt behandelt, was die Transformation der Stadtgesellschaft bedeute. In einem Gespräch mit BM Pätzold vor über einem Jahr habe er ausgesagt, die Organisationsstruktur müsse in Bezug auf ein besseres Vorankommen anders gestaltet werden. Jegliche große Transformation benötige eine Projektorganisation und -struktur. Zudem bedürfe es Personal, welches sich regelmäßig intensiv mit den entsprechenden Themen beschäftige. Seine Fraktion habe zwei Anträge zu den Doppelhaushaltsberatungen gestellt, in denen aufgeführt werde, es werde eine professionelle Projektstruktur mit drei hauptberuflichen Personalstellen benötigt.

In Bezug auf die von StR Kotz erwähnte "One-Stop-Agency" habe seine Fraktion ebenso einen konkreten Vorschlag unterbereitet. Der Wert liege nicht lediglich in den Investitionen in die SWS, sondern in der effektiven Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen durch die SWS. Es müsse die Frage gestellt werden, wie mit der vorhandenen Struktur in den Quartieren die Menschen unterstützt werden könnten. Auch hier werde eine wesentlich konsequentere Projektstruktur vor Ort benötigt. Private Initiativen seien zwar grundsätzlich zu begrüßen, aber die SWS stellten ein geeigneteres Instrument dar. Seine Fraktion habe einen Antrag mit dem Titel "Stadtwerke stärken und die Menschen bestmöglich unterstützen" welcher lediglich teilweise behandelt worden sei. StR Dr. Jantzer äußert die Bitte an BM Pätzold, diesen Antrag inhaltlich zu beraten und zu beschließen, da die Fraktionen inhaltlich nicht weit voneinander entfernt seien. Der wesentliche Punkt sei die operative Umsetzung in operativen Einheiten und nicht in einer Verwaltungseinheit. Der Verwaltungseinheit obliege die Planung und die Strategie, was u. a. in Bezug auf die Wärmeplanung zu begrüßen sei. Falls diese Organisationsstruktur nicht umgesetzt werde, würden die Ziele nicht erreicht. So müsse eine Transformationskultur geschaffen werden und eine stringente Umsetzung in den Quartieren unter Einbeziehung der dortigen Menschen erfolgen. Ohne dieses Vorgehen sei eine

Zielerreichung ebenso wenig möglich. Einigkeit bestehe bei der Verwaltung und bei den Fraktionen über das Ziel, während Diskussionen über den Weg dorthin bestünden.

Da die Indikatoren bedauerlicherweise nicht vorlägen, äußert StR Dr. Jantzer die Bitte nach der Erstellung von drei Indikatoren mit einer zeitnahen stringenten Führung, wie dies auch StR Peterhoff ausgeführt habe. Dies betreffe die PV-Ausbaurate, bei der zwar grobe Zahlen vorgelegt worden seien. Allerdings wünsche er sich die Zahlen für das nächste und übernächste Jahr - unterlegt mit klaren Maßnahmen. Seine Fraktion habe daher in der gestrigen Gemeinderatssitzung der Installation einer PV-Anlage auf dem Stadiondach zugestimmt, obwohl diese sehr kostspielig sei. Der Stadtbevölkerung müsse vermittelt werden, ohne einen massiven Ausbau der PV-Anlagen würden die Klimaziele nicht erreicht. Im "Wattbewerb" sei jede Großstadt und deren Fortschritte im PV-Bereich aufgeführt. Während Stuttgart bei 47 Watt im jährlichen PV-Ausbau pro Einwohner liege, betrage der Wert in der besten Stadt Paderborn 250 Watt beim PV-Ausbau pro Jahr und Einwohner. Daher müssten alle Möglichkeiten in der LHS ausgeschöpft werden, was lediglich über eine aufsuchende Beratung vor Ort möglich sei. Bezugnehmend auf den Vorschlag von StR Kotz, eine "One-Stop-Agency bei den SWS in der Kesselstraße zu errichten, regt StR Dr. Jantzer diese Stelle in den Bezirksrathäusern an. Es stelle für die Menschen eine Belastung dar, von der Technologie Gas in eine andere Technologie zu wechseln. Diese Situation überfordere die Bevölkerung und sie reagiere mit Aggressionen. Daher müsse eine Struktur der Unterstützung vor Ort angeboten werden.

Ein anderer Indikator sei der Wärmepumpenausbau: Bei den SWS bestehe ein attraktives Angebot mit 29 Eurocent pro KWh für Strom für eine Wärmepumpe. Bei der Umrechnung auf die Betriebskosten liege man damit betriebswirtschaftlich günstiger. Der Bürgerschaft müsse vermittelt werden, die Stadt helfe ihr bei der Installation der besseren Lösung in der Fläche. Hierzu müsse eine Kommunikations- und Herangehensweise entwickelt werden.

Den dritten Indikator stellten die Sanierungsraten dar. Viele Menschen könnten sich eine Sanierung schlicht nicht leisten und benötigten daher Kredit- und Bürgerschaftsprogramme. In der Vergangenheit seien zahlreiche positive Maßnahmen ergriffen worden, aber falls nicht die Aktivierung der Stadtbevölkerung vor Ort gelinge, bestehe keine Chance, die Klimaziele zu erreichen.

StR Rockenbauch (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) äußert seinen Dank an die Verwaltung für die umfassende Präsentation. Nach dem Zielbeschluss der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 befänden sich der Gemeinderat und die Verwaltung in einem großen Lernprozess, da dieses Ziel nun erreicht werden müsse. Bei zukünftigen Sitzungen müssten Überlegungen zur Form der Beratung angestellt werden. Er regt an, die zukünftigen Beratungen im Ausschuss schrittweise Handlungsfeld für Handlungsfeld vorzunehmen. Angesichts der nahezu 70 Folien umfassenden Präsentation und der ausführlichen Aussprache könne aus Sicht des Stadtrats keine angemessene Reaktion und Würdigung mehr stattfinden.

Die Verwaltung lege in ihrem Bericht eine Methodik und ein Steuerungsinstrument für die Klimaschutzmaßnahmen vor. Zudem weise die Verwaltung angesichts der dramatischen Situation hinsichtlich der Klimakrise auf die entsprechenden Haushaltsanträge hin. Die Verwaltung habe in ihrem Bericht in den Handlungsfeldern die Steuerungsinstrumente sektorenweise beschrieben. Es fehle zwar der Verkehrsbereich, aber die we-

sentlichen Sektoren seien aufgeführt worden. Bei der Steuerung des Klimafahrplans müssten jedoch alle Sektoren berücksichtigt werden. Damit verbunden sei die Verwaltungsorganisation, bei der eine ähnliche Systematik und ähnliche Indikatoren angewendet werden müssten. Ebenso müssten u. a. der Endenergieverbrauch im Mobilitätsbereich und die Treibhausgasemissionen über die Zeitreihe betrachtet werden. Bei einigen Handlungsfeldern seien der Endenergieverbrauch und die Treibhausgasemissionen aufgeführt, bei anderen nicht. Der Endenergieverbrauch müsse reduziert und die Treibhausgasemissionen müssten kontrolliert werden. Dieses Vorgehen müsse für jedes Handlungsfeld angewendet werden. So sei beispielsweise im Bereich der Unternehmen der Endenergieverbrauch, nicht aber die Treibhausgasemissionen aufgeführt. Auf die Frage von StR Rockenbauch nach den Gründen betont Herr Dr. Görres, die CO₂-Emissionen der Industrie seien in Handlungsfeldern enthalten gewesen. Der Hochlauf müsse vor dem Hintergrund zukünftiger Fördersummen berücksichtigt werden. Die Höhe der Förderung werde in den kommenden zwei Jahren nicht ausgeschöpft.

In Bezug auf die inhaltliche Aussage stimmt StR Rockenbauch den Ausführungen von StR Dr. Jantzer zu, die Stadt befinde sich auf keinem guten Weg. Es lägen zwar Anstrengungen und ein entsprechender Lernprozess vor, allerdings müssten angesichts der vorgelegten Zahlen im Jahr 2021 die CO₂-Emissionen nicht nur generell, sondern auch in den einzelnen Handlungsfeldern betrachtet werden. Hier bestehe zwischen 2010 und dem aktuellen Jahr nahezu Stillstand u. a. im Endenergieverbrauch und im Gebäudesektor. Das aggregierte Ergebnis der Emissionen zeige zumindest beim Endenergieverbrauch keinen Fortschritt. Die aufgezeigten Steuerungselemente verbinde die Verwaltung in ihrem Bericht zum Teil mit Indikatoren, die einiges über die entsprechenden Maßnahmen aussagten. Dieses Vorgehen stelle eine weitere wichtige Ebene dar, die bei einem derartigen Kontrollinstrument benötigt werde. Schließlich bringe es keinen Nutzen, lediglich den Endenergieverbrauch und die CO₂-Emissionen zu betrachten, sondern dies müsse aus den Maßnahmen ersichtlich werden.

Einige Indikatoren wie PV-Ausbauraten, Sanierungsraten oder die Anzahl verkaufter Wärmepumpen seien bereits erwähnt worden. Die Zielabweichung sei bei einem Steuerungselement wichtig. In der Wärmeplanung sei es zu begrüßen, dass die Verwaltung eine Abschätzung in der Form vorgelegt habe, einen Heizsystemwechsel für 5.500 Flurstücke zu benötigen. Ebenso sei die Notwendigkeit von rund 3.400 neuen Wärmepumpen aufgezeigt worden - bei einem Stand von aktuell 150 neuen Wärmepumpen. Außerdem sei eine städtische Förderung von 315 Mio. EUR notwendig, die bei einer möglichen zusätzlichen Förderung auf Bundesebene verringert werden könne. Die Verwaltung habe dargelegt, dass 27 km Wärmenetz pro Jahr errichtet werden müssten.

Es wäre aus Sicht des Stadtrats begrüßenswert, anhand der konkreten messbaren Maßnahmen ebenso Indikatoren heranzuziehen und zu verwenden. Dies sei politisch für die Haushaltsplanberatungen wichtig. Angesichts der notwendigen Ressourcen sei die in dem interfraktionellen Antrag aufgeführte Summe zu gering. Die zurecht von Herrn Dr. Görres erwähnte Weiterführung der Förderprogramme sei in ihrer Höhe nicht dem vorhandenen Problem angemessen. Die Kritik, dass der Oberbürgermeister diese Mittel nicht auf seiner Liste aufführe, sei berechtigt. Vielmehr müssten die Gelder und das Personal für die Förderprogramme neu berechnet werden, da sie nicht ausreichten. Dadurch werde ersichtlich, ob ein Mangel an der zur Verfügungsstellung der Fördergelder bestehe, oder ob ein Mangel an Beratung zu verzeichnen sei oder ob es an Handwerkerkapazitäten mangle.

Es stelle sich u. a. die Frage, wo die Mittel für die Gebäudesanierung der städtischen Liegenschaften in Höhe von 50 Mio. EUR verwendet würden und ob diese im städtischen Haushalt beinhaltet seien. Falls 50 Mio. EUR investiert würden, müssten nicht lediglich 25 Stellen wie vom Hochbauamt beantragt geschaffen werden, sondern 50 Personalstellen. Er vertrete die These, da das nötige Personal nicht vorhanden sei, würden entsprechende finanzielle Mittel erst gar nicht in den Haushalt eingestellt, so StR Rockenbach. Um tatsächlich im Haushalt reagieren zu können, würden mehr Indikatoren benötigt, die bis auf die Maßnahmenebene und die hierzu erforderlichen Ressourcen in der Verwaltung heruntergebrochen werden müssten.

Die Stadt befinde sich auf einem sehr kritischen Entwicklungspfad und sie verfehle die CO₂-Minderungsziele, betont StR Ozasek (PULS). Diese Tatsache müsse in dieser Deutlichkeit herausgestellt werden. Schließlich verblieben lediglich zwölf Jahre Zeit bis zum Klimaneutralitätsziel. Der Sachverständigenrat der Landesregierung sei in einem Wortbeitrag erwähnt worden. Dieser attestiere vor allem dem Land, dass die Klimaziele kolossal verfehlt würden, falls auf die bisherige Weise weiter verfahren würde. Die vorhandenen Anstrengungen der LHS würden ins Leere laufen, solange die Gesetzgeber von Bund und Land die Stadt nicht mit entsprechenden Aktivitäten flankieren würden. Insgesamt müsse hier mehr geschehen und in diesem Zusammenhang sei das Gebäudeenergiegesetz bereits angesprochen worden.

Die zahlreichen rot markierten Kreuze in der Präsentation von Herrn Dr. Görres zeigten, dass der Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters weit davon entfernt sei, die notwendigen Maßnahmen für den Klimaschutz zu ergreifen. Der Gemeinderat werde hier korrigierend eingreifen müssen, um die entsprechenden erforderlichen Gelder im Haushalt zu verankern. Seine Fraktionsgemeinschaft wolle diese klimapolitische Leerstelle korrigieren. Ein wichtiges Thema stellten die Förderhorizonte dar und diese erforderten ein enormes Budget im Haushalt. Allerdings benötige nicht jede Bürgerin oder jeder Bürger ein städtisches Förderprogramm: So sei dies beispielsweise nicht für einen in einem großen Unternehmen tätigen Entwicklungsingenieur mit einem Einfamilienhaus vorgesehen. Vielmehr müsse im kommunalen Kontext mit den städtischen Förderhorizonten geprüft werden, bei welchen Bürger*innen die Gelder bei wirtschaftlichen Härten aufgrund der Klimaschutzmaßnahmen verwendet würden. Es sei Ziel seiner Fraktionsgemeinschaft, eine klimagerechte Sanierung für die gesamte Bürgerschaft zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang müsse über neue Finanzierungswege diskutiert werden. Seine Fraktionsgemeinschaft tendiere hierbei mehr in Richtung eines revolvingierenden Sanierungs- und Contracting-Fonds. So sei von PULS oftmals das Thema Klima-anleihe eingefordert worden, allerdings habe die Verwaltung hierzu bislang noch nicht entsprechend geliefert. Klimaschutz und Sanierung seien eine Gemeinschaftsaufgabe, bei der alle Stuttgarter*innen eingebunden werden müssten. Dabei sei der Wunsch der Bürgerschaft, ihre privaten finanziellen Mittel ökologisch und ethisch korrekt einzusetzen. Daher solle in der LHS die Möglichkeit geschaffen werden, dass diese Gelder klimapositiv wirken könnten, und die Verwaltung sei hierbei aufgefordert, einen entsprechenden Weg aufzuzeigen. In diesem Zusammenhang müsse beachtet werden, dass diese Förderung nicht sozial exklusiv gestaltet werde. Vielmehr sei in der Bürgerschaft eine budgetneutrale Vorfinanzierung von Sanierungen erforderlich. Hierzu liege von seiner Fraktionsgemeinschaft ein Vorschlag zu den Doppelhaushaltsplanberatungen vor.

Im Bereich des Wärmesektors sei bedauerlicherweise ein Anstieg der Emissionen zu verzeichnen und die Entkopplung beim Bau von Wohnungen vom Energieverbrauch gelinge nicht. Zudem liege die Sanierungsrate weit unter dem erforderlichen Niveau. In diesem Zusammenhang müsse der Bauwirtschaft deutlich gemacht werden, dass in diesem Bereich eine Umsteuerung nötig sei. Schließlich seien die Kapazitäten der Bauwirtschaft nicht im Neubau, sondern in der Transformation und Sanierung der Bestandsgebäude erforderlich. Ebenso müsse hier der Gesetzgeber miteinbezogen werden, da die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen ohne Sanierungspflichten nicht möglich sei und die erforderlichen Sanierungsraten nicht erreicht würden, um in zwölf Jahren zu einer klimaneutralen Gebäudesituation zu kommen. Der Wärmeplan stelle nun einen wichtigen Ausgangspunkt und ein wichtiges Planwerk dar, welche Klarheit bei der Sanierung und der Wärmeversorgung der Gebäude schafften. Nun müssten die Wärmepumpen in der Größenordnung von 3.400 Anlagen pro Jahr eskaliert werden. Bei dieser Umsetzung sei die Einbindung der SWS nötig, die über strategische Partnerschaften die Wärmepumpe im großen Stil in der LHS passgenau für jedes Objekt wie ein Einfamilienhaus, ein Mehrfamilienhaus oder den Geschosswohnungsbau ausrollen sollten. Das Gebäudeenergiegesetz weise in diesem Bereich bedauerlicherweise große Schwächen auf, da kein Haushalt einen funktionierenden Gaskessel austauschen müsse. Diese Nichtaustauschpflicht treffe sogar auf einen defekten Gaskessel dann zu, falls die erforderlichen Ersatzkomponenten eingebaut werden könnten.

Seine Fraktion wolle den Kompetenzaufbau beim Aspekt des seriellen Sanierens beim Energieberatungszentrum (EBZ) forcieren. Hierzu habe PULS Anträge für die Haushaltsplanberatungen eingebracht. Das gesamte Prozessdesign und die Fahrpläne in Bezug auf die Sanierung der städtischen Liegenschaften sei positiv zu bewerten und stelle ein Konzept aus einem Guss dar, so StR Ozasek. Ebenso sei zu begrüßen, dass künftig über Folien die PV-Anlagen auf statisch problematischen Dächern installiert werden sollten und die Blockheizkraftwerke (BHKW) sukzessive entfernt würden, die viel zu lange mit Erdgas bei den Liegenschaften errichtet worden seien. Hinsichtlich des Bereichs Industrie und Gewerbe seien wesentlich größere Anstrengungen seitens der Wirtschaft nötig. Dies betreffe vor allem Konzerne, welche traumhafte Quartalszahlen auswiesen und diese Gewinne jedoch als Rendite an deren Großinvestoren ausschütteten. Hierzu müsse der Gesetzgeber klarstellen, diese Gelder müssten zumindest anteilig in die Transformation investiert werden. Die Politik solle nicht lediglich über den Industriestrompreis diskutieren und propagieren, sondern sie müsse ebenso der Industrie Pflichten in Hinblick auf den Klimaschutz auferlegen. Diesen Aspekt führe die Politik noch viel zu wenig durch.

Im Sektor Verkehr bestehe eine enorme Leerstelle und der Stadtrat erinnere in diesem Zusammenhang daran, den Klimamobilitätsplan und das Maßnahmenpaket zügig vorgelegt zu bekommen, um darüber diskutieren zu können. Vor allem der Klimamobilitätsplan solle mit seinen Maßnahmen ebenso auf das Zieljahr 2035 skaliert werden. Zudem solle er ein Monitoring in der Form erfahren, wie die Ziele im Verkehrsbereich erreicht würden. Herr Körner erklärt hierzu, er könne die Kritik von StR Ozasek im Zusammenhang mit dem Klima-Mobilitätsplan nachvollziehen. Allerdings sei die Stadt bei diesem Aspekt nicht schlecht vorangekommen. Im Jahr 1990 sei die LHS mit einer Million Tonnen CO₂ gestartet und im Jahr 2010 liege dieser Wert bei 700.000 Tonnen, was eine Reduktion von 30 % darstelle. Aufgrund des Klimamobilitätsplans könne die Verwaltung zumindest Zwischenberichte präsentieren, aus denen hervorgehe, ab dem Jahr 2010 werde bis zum Jahr 2030 nochmals eine 52-prozentige CO₂-Reduktion er-

reicht. Somit stehe die Stadt im Jahr 2030 bei diesem Aspekt nicht schlecht dar. Der Klimamobilitätsplan solle bis Weihnachten vorgelegt werden.

StR Ozasek betont, ein weiteres Thema stellten die Windvorranggebiete dar, welche kürzlich in die Offenlage gegangen seien. Die Regierung habe am vergangenen Mittwoch hierzu einen entsprechenden Beschluss gefasst. Der Stadtrat äußert an die Verwaltung die Bitte, zum Thema Windenergie und Windvorranggebiete eine Schwerpunktsitzung des AKU durchzuführen. In dieser Schwerpunktsitzung solle über die Potenzialstandorte auf Stuttgarter Gemarkung und darüber hinaus im näheren Umland mit allen Beteiligten diskutiert werden. Dies betreffe die SWS, die hierbei projektieren könnten, die Ämter mit den städtischen unteren Behörden und ebenso die Stadtwaldvertreter*innen. Die Potenziale müssten zügig gesichert und möglichst schnell projiziert werden. Schlussendlich verfüge Windstrom und vor allem Onshore-Windstrom (Energiegewinnung aus Wind auf dem Festland) über die günstigsten Stromgestehungskosten aller Erzeugungsanlagen: Diese Kosten betrügen vier bis acht Eurocent pro kWh. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderats sei der Beschluss einer Installation einer PV-Anlage auf der MHP-Arena gefasst worden. Bei dieser Anlage lägen die Stromgestehungskosten bei einem Euro pro kWh, was eine enorme Symbolpolitik der Stadt darstelle. Schließlich könne mit effektiven Investitionen wesentlich mehr für den Klimaschutz erreicht werden, wie beispielsweise in regionale Windenergieanlagen. Klimaschutzmaßnahmen, welche letztendlich im Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes aufgeführt würden, halte er nicht für die richtigen Signale in Hinblick auf die Energiewende, die seine Fraktionsgemeinschaft wünschten. Zu diesen Fragen herrsche nicht immer Einigkeit im ökosozialen Lager.

StR Zaiß (FW) betont, es werde über Förderungen diskutiert, ohne Kenntnis darüber zu haben, wer diese finanziere. Schließlich müsse jeder Bürger selber diese Gelder stemmen. Es dürfe nicht gehofft werden, dass Stadt, Land und Bund die Energiewende finanzierten. Selbst falls eine Förderung 50 % betrage, müsse der Einzelne die anderen 50 % selber tragen. Dabei stelle sich die große Frage, wer dies stemmen könne. Angesichts des aktuellen steilen Zinsanstiegs sei es fraglich, ob die Bürgerschaft hohe Investitionen in energetischen Sanierungen tätigen werde. Falls einem gewöhnlichen Mieter eine kostspielige Sanierung angekündigt werde, stoße dies auf dessen Protest. Die Mieten seien bezahlbar, aber nicht von jedem Teil der Mieterschaft. Daher könne nicht aus dem Vollen geschöpft werden, wenn die Gelder nicht vorhanden seien. Balkonkraftwerke seien grundsätzlich positiv zu bewerten, verfügten jedoch über keinen hohen Wirkungsgrad. Die SWS verstärkten glücklicherweise ihre Aktivitäten, allerdings könnten deren Ingenieure und Techniker die Maßnahmen selbst nicht handwerklich durchführen, sondern lediglich beauftragen und begutachten. Falls Handwerker verpflichtet werden könnten, sei dies zu begrüßen, da hierdurch stets Personal zur Verfügung stehe. Die aktuellen zahlreichen Reparaturen in den Straßen aufgrund der veralteten Leitungen im Bereich Wasser und Gas verursachten hohe Kosten. Anlagen zur Windenergie sollten dort errichtet werden, wo es Sinn mache. In der LHS sei hierfür zu wenig Wind vorhanden. Angesichts des geplanten Errichtens einer PV-Anlage auf dem Stadion müsse hinterfragt werden, ob hierbei etwas falsch laufe. Schließlich müssten die Maßnahmen in einem finanzierbaren Rahmen gehalten werden.

Große Transformationsvorhaben entsprächen nicht immer unmittelbar dem Interesse der Bürgerschaft, betont StR Köhler (AfD). Schließlich sei dieser als Konsequenz das konkrete erforderliche Handeln nicht bekannt. Als Beispiel führt der Stadtrat den bereits erwähnten Austausch von Gasthermen an. Aufgrund des unklaren Handlungsbedarfs müsse eine Motivation für die Bürger über Zuschüsse oder über eine Verpflichtung durch den Gesetzgeber erfolgen. Das Problem derartiger Großtransformationsvorhaben stelle ein extrem langer Zeithorizont dar, was den Gesamtprozess sehr fragil gestalte. Es bestehe eine Anfälligkeit in finanzieller oder politischer Hinsicht. Diese Problematik sei bislang noch nicht diskutiert worden.

Herr Dr. Görres führt zu dem mehrfach angesprochenen Thema der Gebäudesanierungen aus, dass hierbei der entscheidende Aspekt die Beratung sei. Daher müsse der aufsuchende Dialog wahrgenommen werden und die Beratungen mit den Menschen müssten gemeinsam mit dem EBZ vor Ort in ihren Gebäuden durchgeführt werden. Dieser Prozess müsse nun stattfinden. In Bezug auf die Gesamtbilanz erklärt Herr Dr. Görres, hierbei werde stets ein Verzug stattfinden, da diese erst im Nachgang erstellt werden könne. Daher werde auch zukünftig das "ein- bis zweijährige Versatzthema" eine Rolle spielen, da die Unternehmen der Industrie erst ein Jahr später dazu ihre entsprechenden Zahlen vorlegten. An dieser Stelle könnten jedoch die Indikatoren zeitnah erstellt werden. So könne beispielsweise ausgesagt werden, welche Anzahl an Wärmepumpen bestünden, und aufgrund einer Abfrage im Stammdatenregister werde ersichtlich, wie viele PV-Anlagen in der LHS am gestrigen Tag ans Netz angeschlossen worden seien. Dadurch lägen de facto zeitnahe Indikatoren vor, um eine entsprechende Steuerung vornehmen zu können. Die Verwaltung werde prüfen, ob sie eine Prognose darüber abgeben könne, wie sich die Indikatoren auf den Verbrauch auswirkten.

Herr Dr. Görres gibt hinsichtlich des in einigen Wortbeiträgen angesprochenen Mobilitätsbereichs zu Bedenken, dass hierfür nicht das AfU zuständig sei. Allerdings werde in Kürze der Klima-Mobilitätsplan vorliegen und es bestehe die Aufgabe, diesen auf das Zieljahr 2035 auszurichten. In der Reflexion würden die Aspekte aus der Endenergiebilanz und CO₂-Bilanz ersichtlich. Sein Amt sei bei dem Aspekt Mobilität zurückhaltend gewesen, da S/OB zuvor den Klima-Mobilitätsplan habe erstellen wollen.

Der Gemeinderat habe im Dezember 2019 das Klimaneutralitätsziel 2050 beschlossen, so Herr Körner. Im Jahr 2021 habe sich die Stadt noch auf dem Reduktionspfad befunden. Erst im Juli 2022 habe der Gemeinderat den Beschluss des Klimaneutralitätsziels bis zum Jahr 2035 gefasst. Unmittelbar danach seien neue Weichen gestellt worden. Daraufhin habe sich nicht umgehend eine entsprechende Wirkung entfalten können, sondern die Hauptmaßnahmen würden erst in der zweiten Hälfte der 2020er Jahr wirken. Beispielsweise sei für die SWS im Herbst vergangenen Jahres eine neue Strategie beschlossen worden. An StR Peterhoff gewandt erklärt Herr Körner, die gesamte über die SVV direkt damit zusammenhängende Finanzarchitektur der SSB sei komplett neu aufgestellt worden. Falls die fünf mal 500 Mio. EUR nicht in den städtischen Haushalt aufgenommen worden wären, hätte in den Jahren 2025 oder 2026 keinerlei Eigenkapital für die Investitionen der SWS zur Verfügung gestanden. Die SWS hätten beschlossen, die Planung für 16 km Wärmenetze aufzunehmen. Sie hätten sich Windstromparks gesichert, mit denen sie 150.000 private Haushalte in Stuttgart mit erneuerbaren Strom versorgen könnten, wenn alle Kapazitäten in den Jahren 2026/2027 ausgeschöpft worden seien. Zudem sei ein enormer Personalaufbau gelungen, der zu einer Verdopplung der Mitarbeiterschaft geführt habe. Daher sei bei den SWS - wie von StR Dr. Jantzer beschrieben - eine große Dynamik zu verzeichnen. In einer der vergangener Sitzungen

des VA sei hierzu ein kurzer Bericht von den SWS im Rahmen des Jahresberichts vorgestellt worden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Haupt / as

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
S/OB-Wohnen
Stabsstelle Klimaschutz
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
SWS
SWSG
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. FDP-Fraktion
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion
 9. StRin Yüksel (*Einzelstadträtin*)

kursiv = kein Papierversand